

Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) über Islamisten, Verfassungsschutz und Auslandseinsätze der Bundespolizei

Interview mit Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble in "Kölner Stadt-Anzeiger" vom 10.03.2007

Das Bundesamt für Verfassungsschutz werde nicht komplett von Köln nach Berlin ziehen, versichert er im Interview.

KÖLNER STADT-ANZEIGER: Herr Minister, die Islamismus-Abteilung des Bundesamtes für Verfassungsschutzes soll von Köln nach Berlin umziehen. Folgt bald der Rest?

WOLFGANG SCHÄUBLE: Für solche Besorgnisse besteht kein Anlass. Es geht um Gefahrenabwehr. Und diese erfordert, dass wir die entsprechenden Einheiten in Berlin konzentrieren – nicht mehr. Denn natürlich reduziert sich die Aufgabe des Verfassungsschutzes nicht auf die Bekämpfung des Islamismus.

KÖLNER STADT-ANZEIGER: Der BND zieht nach Berlin. Sie wollen die Bundespolizei straffen. Haben Sie weitere Pläne?

Schäuble: Nein. Die Neuorganisation der Bundespolizei ist außerdem ein völlig anderes Thema. Sie hat zuerst grenzpolizeiliche Aufgaben. Die Erweiterung des Schengen-Raumes führt dazu, dass wir hier Veränderungen vornehmen müssen. Wir wollen mit den vorhandenen Mitteln möglichst viel Sicherheit erreichen.

KÖLNER STADT-ANZEIGER: Bei Ihnen im Hause gibt es Überlegungen, Bundespolizisten auch gegen deren Willen in Auslandseinsätze zu schicken.

Schäuble: Ich kann die Situation eines Polizeibeamten auf Lebenszeit nicht vergleichen mit der eines Wehrpflichtigen. Wir orientieren uns am Prinzip der Fürsorge. Doch dienstliche Belange haben Vorrang. Und dass Verwendungen von Polizisten im Ausland zunehmend wichtiger werden, ist keine Frage. Nehmen Sie die Fußball-Weltmeisterschaft. Da waren 500 Polizisten aus anderen Ländern in Deutschland eingesetzt. Polizeiarbeit findet eben nicht mehr nur in den Grenzen unseres Landes statt. Dafür müssen wir gesetzliche Grundlagen schaffen.

KÖLNER STADT-ANZEIGER: Bei dienstlichen Erfordernissen sollen Polizeibeamte gehen müssen?

Schäuble: Die Polizisten sind ja stolz darauf, dass sie nicht nur einen Job machen, sondern für die Sicherheit dieses Landes eintreten. Es wird zunehmend Auslandsverwendungen geben müssen. Derzeit haben wir genug Freiwillige, aber andere Möglichkeiten lasse ich prüfen.

KÖLNER STADT-ANZEIGER: Wie groß ist die Gefahr terroristischer Anschläge in Deutschland?

Schäuble: Darauf kann der Bundesinnenminister nur diese Antwort geben: Wir sind Teil des internationalen Bedrohungsraumes. Die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus ist

hoch.

KÖLNER STADT-ANZEIGER: Ihr Staatssekretär August Hanning hat angedeutet, dass mit dem Einsickern islamistischer Kämpfer aus dem Irak zu rechnen ist.

Schäuble: Wir haben aus einer Reihe von Ländern dieser Region solche Informationen. Wir diskutieren ja immer noch darüber, ob Menschen, die nach dem 11. September 2001 nach Pakistan gereist sind, dort den Koran studieren wollten oder zu anderen Zwecken.

KÖLNER STADT-ANZEIGER: Sie meinen Herrn Kurnaz.

Schäuble: Ich habe den Namen schon wieder vergessen. Angesichts der vielen Leute, die aus Europa und anderen Ländern zu terroristischen Zwecken in den Irak gereist sind, ist die Gefahr vorhanden, dass diese auch wieder zurück kehren. Wir müssen darauf achten, was sie hinterher machen. Und wir müssen aufpassen, dass wir bei all den Untersuchungen – etwa im BND-Untersuchungsausschuss – im Stande bleiben, unsere Arbeit zu leisten.

KÖLNER STADT-ANZEIGER: Was ist denn Herr Kurnaz für einer?

Schäuble: Ich kenne ihn nicht. Ich habe mich dafür eingesetzt, dass er nach Deutschland zurück kommen konnte. Aber ich habe nicht zu kritisieren, welche Einschätzung die Verantwortlichen 2002 getroffen haben. Das ist nicht meine Sache.

KÖLNER STADT-ANZEIGER: Ist Herr Kurnaz gefährlich?

Schäuble: Der Bundesinnenminister hat zu verantworten, dass Herr Kumaz wieder in Deutschland ist. Diese Entscheidung ist nach Abwägung aller Gesichtspunkte verantwortlich. Dazu stehe ich.

KÖLNER STADT-ANZEIGER: Der Bundestag hat gerade den Tornado-Einsatz in Afghanistan gebilligt. Halten Sie es wirklich für realistisch, aus einem mittelalterlichen Land einen funktionsfähigen Staat machen zu wollen?

Schäuble: Ja. Die Freiheit ist ein ansteckender Bazillus. Schon jetzt gibt es in Afghanistan keine Ausbildungslager für Terroristen mehr.

KÖLNER STADT-ANZEIGER: Hat Sie die Ermordung des Mitarbeiters der Welthungerhilfe erschreckt? Sie haben einen persönlichen Bezug dazu. Ihre Frau ist Vorsitzende der Welthungerhilfe.

Schäuble: Jeder brutale Mord erschreckt. Der Ermordete hat für die Welthungerhilfe vorbildliche Arbeit geleistet. Dass ich persönlich diesmal besonders nahe dran bin, kommt hinzu.

KÖLNER STADT-ANZEIGER: Wir haben das Gespräch mit dem Thema Umzug begonnen. Ich würde es gern mit dem Thema Umzug beschließen. Ihr Haus und das Bundesfinanzministerium prüfen, was die Aufteilung der Ministerien auf Bonn und Berlin bedeutet.

Schäuble: Der Haushaltsausschuss hat um eine Prüfung gebeten. Sie wird von uns vorgenommen. Aber ich habe immer klar gemacht, dass wir uns an das geltende Recht halten.

Ich weiß schon, dass das Thema auch ein Stück in die organisationsgewalt der Bundesregierung fällt. Doch der Bundestag hat das Bonn-Berlin-Gesetz verabschiedet. Wenn er jetzt eine andere Entscheidung trifft, ist sie zu respektieren. Mein haus und ich persönlich werden nicht Partei ergreifen.

KÖLNER STADT-ANZEIGER: Ist der status quo sinnvoll?

Schäuble: Ich habe bei der Entscheidung des Bundestages für Berlin einen hinreichenden Beitrag geleistet. Ich würde deshalb verstehen, wenn Menschen aus der Region Bonn sagen: „Jetzt fängt der schon wieder an!“

KÖLNER STADT-ANZEIGER: Ich entnehme dem, dass Sie nach Veröffentlichung ihrer Prüfungsergebnisse mit neuer Bewegung auf diesem Feld rechnen.

Schäuble: Befürworter werden Argumente finden, Gegner auch. Pacta sunt servanda. Daran halte ich mich.

KÖLNER STADT-ANZEIGER: Vermissen Sie manchmal die rheinische Leichtigkeit?

Schäuble: In Bonn war's schön. Bonn ist eine wunderbare Stadt. Berlin ist aber auch eine tolle Stadt. Dies ist eine andere Zeit. Bonn war Hauptstadt in der Zeit der Teilung Deutschlands und im Kalten Krieg. Es war ein Provisorium. Jetzt ist Deutschland wiedervereinigt. Darauf hat das Land nach dem Zweiten Weltkrieg und dem Abgrund der Nazi-Barbarei nicht mehr hoffen dürfen. Das macht mich glücklich und dankbar.

Das Gespräch führte Markus Decker